

Helmut Kohl zu den Abrüstungsverhandlungen

86 Prozent begrüßen die klare Position des Kanzlers

Die Ankündigung von Bundeskanzler Helmut Kohl, unter bestimmten Voraussetzungen auf die Modernisierung der Pershing Ia zu verzichten, wird nach einer Umfrage der Wickert-Institute von 86 Prozent der wahlberechtigten Bürger begrüßt. Generalsekretär Heiner Geißler erklärte dazu: Die CDU begrüßt die eindeutige Haltung des Kanzlers. Die klare Entscheidung des Bundeskanzlers ist ein wesentlicher Beitrag zu dem Ziel, erstmals in der modernen Abrüstungsgeschichte einsatzfähige Raketen zu beseitigen. Die bevorstehende Einigung bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen ist weltweit ein wichtiges historisches Ereignis und wäre ohne die klare Position der CDU und des Bundeskanzlers nicht möglich gewesen. Sie ist Ausdruck des politischen Willens der CDU, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.

Die Erklärung des Kanzlers hat folgenden Wortlaut: Die Haltung der Bundesregierung zu den laufenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf ist seit langem bekannt.

Die Bundesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie den Erfolg der INF-Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion wünscht. So habe ich in meiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag zu diesem Thema erklärt, die Bundesregierung werde alles in ihrer Kraft Stehende tun, um zu einem solchen Erfolg beizutragen:

HEUTE AKTUELL

● HONECKER-BESUCH

Chance für neue Impulse — aber auch zwiespältige Empfindungen bei vielen Menschen. Seite 4

● GRUNDWERTE

SPD und SED haben in Bonn ein Grundsatzpapier vorgestellt. Für die CDU übte Heiner Geißler scharfe Kritik: Die Sozialdemokraten verwischen den Unterschied zwischen Freiheit und Diktatur. Seite 5

● SCHLESWIG-HOLSTEIN-WAHL

Heiner Geißler nannte fünf Gründe, warum die CDU gute Chancen hat, die Landtagswahl zu gewinnen. Seite 7

● FRAUEN

Rita Süßmuth stellte in Bonn neue Initiativen der CDU-Frauenvereinigung vor. Motto: Ja zum Leben — Ja zum Kind. Seite 11

● DOKUMENTATION

Die falschen Behauptungen der SPD zur Steuerreform werden widerlegt. Grüner Teil

Zu einem Erfolg, der erstmals in der Geschichte der Rüstungskontrolle dazu führen würde, Rüstungen abzubauen. Wie ich in meiner Regierungserklärung vom 18. März dieses Jahres ebenfalls ausgeführt habe, hat die Bundesregierung mit dem Abschluß eines INF-Abkommens stets die Erwartung verbunden, daß von einem solchen Erfolg „auch ein wichtiger Impuls für andere Verhandlungsbe- reiche ausgehen würde“.

Die Bundesregierung schreibt sich das Verdienst zu, vom Beginn der Diskussion an über nukleare Mittelstreckensysteme mit ihrer festen, berechenbaren und ent- schiedenen Haltung einen nicht unerheb- lichen Beitrag dazu geleistet zu haben, daß ein Verhandlungserfolg in Genf jetzt greifbar nahe erscheint.

Was die deutschen Raketensysteme Per- shing Ia mit ihren Nuklearsprengköpfen, die ausschließlich unter amerikanischer Verfügungsgewalt stehen, betrifft, so waren diese nie Verhandlungsgegenstand in Genf und können dies auch nicht sein. Die Sowjetunion wußte von Anbeginn, daß in Genf ausschließlich über sowjeti- sche und amerikanische bodengestützte Nuklearsysteme verhandelt wird.

Die sowjetische Forderung nach Einbe- ziehung der Pershing Ia in die Genfer Verhandlungen ist somit unbegründet und stellt den Versuch dar, ein künstli- ches Hindernis für den Abschluß eines INF-Abkommens zu errichten.

Die Haltung der Regierungskoalition ist in dem Regierungsbeschluß vom 1. Juni 1987 sowie in der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 3. Juni die- ses Jahres bestätigt worden. Sie ent- spricht der unzweideutigen Verhand- lungsposition der USA in Genf, die von allen Partnern des Atlantischen Bündnis- ses mitgetragen wird und zuletzt auf der Frühjahrstagung der NATO-Außenmini- ster im Juni in Reykjavik bekräftigt wor- den ist.

Die Bundesregierung ist weiterhin ent- schlossen, konstruktiv zur weltweiten Beseitigung aller nuklearen Mittelstrek- kensysteme zwischen 500 und 5 500 km Reichweite beizutragen.

Alles tun für den Durchbruch bei den Verhandlungen

Die Genfer INF-Verhandlungen sind jetzt in ein entscheidendes Stadium einge- treten. Es ist für mich deshalb selbstver- ständlich, daß die Bundesrepublik alles tun muß, um zu einem Durchbruch in den Verhandlungen beizutragen. Ich will dem amerikanischen Präsidenten helfen, die Genfer Verhandlungen erfolgreich abzuschließen.

■ Wenn in Genf zwischen den USA und der Sowjetunion eine Einigung über die weltweite Beseitigung aller Mittelstrek- kenflugkörper erreicht wird,

■ wenn insbesondere die noch offenen Verifikationsfragen in einer für alle Betroffenen befriedigenden Weise gelöst werden,

■ wenn dieses INF-Abkommen zwi- schen den Vertragsparteien ratifiziert und in Kraft getreten ist, und

■ wenn schließlich die Vertragsparteien den vereinbarten Zeitplan für die Beseiti- gung ihrer Waffensysteme einhalten:

Für diesen Fall bin ich bereit, schon heute zu erklären, daß mit der endgültigen Besei- tigung aller sowjetischen und amerikani- schen Mittelstreckenflugkörper die Per- shing-Ia-Raketen nicht modernisiert, son- dern abgebaut werden.

In diesem Zusammenhang fordere ich die Sowjetunion und ihre Partner auf, ihrer- seits auf die laufende Modernisierung von Raketen mit einer Reichweite unter- halb von 500 km zu verzichten. Wir erwarten in besonderer Weise die Unter- stützung Polens, der DDR und der Tsche- choslowakei, die sich gerade in den letz-

ten Wochen über die Pershing Ia besorgt geäußert haben, daß sie nun auch unsere Besorgnisse im Hinblick auf die bei ihnen stationierten SCUDB-Raketen, die vor allem das Territorium der Bundesrepublik Deutschland bedrohen, ernst nehmen und diese Bedrohung abbauen.

Ich erwarte deshalb von der Sowjetunion und ihren Partnern, daß sie auf unsere heutige Initiative eine konstruktive Antwort geben.

In diesem Zusammenhang dränge ich erneut nachdrücklich auf Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckensysteme in Europa. Das bestehende Ungleichgewicht bei den Systemen im Reichweitenband 0 bis 500 km ist für uns schwer erträglich. Wie ich bereits am 4. Juni ausgeführt habe, wollen und können wir einen solchen Zustand nicht auf Dauer hinnehmen.

Die Bundesregierung erwartet weiterhin ernsthafte Bemühungen der Großmächte, ihre grundsätzliche Einigung über eine 50prozentige Reduzierung ihrer strategischen Arsenale in die Praxis umzusetzen. Unser Land wird auch von diesen strategischen Systemen der Sowjetunion in erheblichem Maße weiterhin bedroht.

Außerdem appelliert die Bundesregierung an alle Verhandlungspartner der Abrüstungskonferenz in Genf, die Anstrengungen für eine Konvention zum weltweiten Verbot chemischer Waffen fortzusetzen.

Nur wenn die Abrüstungsschritte im Bereich der Mittelstreckenflugkörper in einen solchen Gesamtzusammenhang von Abrüstung und Rüstungskontrolle gestellt werden, wird unsere Sicherheit wirklich erhöht und der Frieden festigt.

Ebenso unverzichtbar ist die Herstellung eines nachprüfbaren, umfassenden und stabilen Kräfteverhältnisses konventioneller Streitkräfte auf niedrigerem Niveau in ganz Europa.

Manfred Wörner zum NATO- Generalsekretär vorgeschlagen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner für das Amt des NATO-Generalsekretärs vorgeschlagen. Wörner habe großes internationales Prestige und sei sehr kenntnisreich, sagte Kohl vor Journalisten in Bonn. Der Kanzler betonte, die Bundesrepublik sei in diesem Amt noch nie vertreten gewesen. Da die Bundesrepublik jedoch einer der wichtigsten Partner der NATO sei, sei dies jetzt an der Zeit.

ZITATE

„Wenn ein Bundeskanzler aufsteht wie Phönix aus der Asche, nutzt das nicht nur der eigenen Partei: Helmut Kohl hat in sein Großeinmachen auch eine Entscheidung von weltpolitischem Maßstab einbezogen und damit Zweifel am Abrüstungswillen dieser Bundesregierung beseitigt.“

(Kölner Stadt-Anzeiger, 27.8.87)

„Indem er sich mit einem Schlag aus dem Gestrüpp der Pershing-Debatte befreite, hat Kohl von seiner Richtlinienkompetenz insofern geschickt Gebrauch gemacht, als er damit die Steuerfähigkeit seines Regierungsschiffes wiederherstellte ...“

(Neue Zürcher Zeitung, 28.8.87)

„So schnell ist der Bonner Opposition lange nicht der Wind aus den Segeln genommen worden. Die Ankündigung des Bundeskanzlers, auf die Pershing Ia-Raketen mittelfristig zu verzichten, macht die von der SPD beantragte Sondersitzung des Bundestages zu einem teuren und sinnlosen Spektakel.“

(Express, 27.8.87)

Honecker-Besuch:

Chance für neue Impulse

Bundeskanzler Helmut Kohl gab vor der Bundespressekonferenz am 26. August 1987 zum Besuch von Generalsekretär Honecker folgende Erklärung ab:

Der bevorstehende Besuch von Generalsekretär Honecker ist ein wichtiges Ereignis. Er weckt sicherlich bei vielen Menschen zwiespältige Empfindungen. Aber er bietet die Chance, den Beziehungen zur DDR neue Impulse zu geben.

Die Deutschen müssen auf absehbare Zeit mit der Teilung leben. Deshalb müssen wir die Folgen der Teilung für die Menschen erträglicher machen und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen stärken.

Auf der Grundlage unserer festen Einbindung in das westliche Bündnisssystem wollen wir durch Dialog und Zusammenarbeit mit allen Staaten des Warschauer Paktes konkrete Fortschritte zum Wohl der Menschen erreichen. Wir wollen die Beziehungen in allen Bereichen entwickeln. Dabei haben wir in den letzten Jahren bereits beachtliche Erfolge erzielt.

Für die Bundesregierung hat die Entwicklung des Reiseverkehrs in den Beziehungen zur DDR eine zentrale Bedeutung. Ein freier und reibungsloser Reiseverkehr ist ein elementares Anliegen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Er stärkt die Zusammengehörigkeit und das Bewußtsein für die Einheit der Nation.

Gerade auf diesem Feld konnten in den letzten Jahren die größten Fortschritte erzielt werden: Wir rechnen damit, daß in diesem Jahr — zusätzlich zu den etwa eine Million Besuchern im Rentenalter — bis zu einer Million Deutsche aus der

DDR unterhalb des Rentenalters in die Bundesrepublik Deutschland kommen können. Wenn Sie diese Zahlen mit denen von 1982 vergleichen — damals waren es 50 000 —, dann sehen Sie, was sich in diesen fünf Jahren getan hat. Diese positive Entwicklung muß sich fortsetzen. Unser Ziel bleibt die Reisefreiheit für alle Deutschen.

Die Bundesregierung hat bereits in der Vergangenheit die Reisen von Besuchern aus der DDR durch ein Begrüßungsgeld von 30 DM unterstützt. Wir haben heute im Bundeskabinett beschlossen, dieses Begrüßungsgeld auf 100 DM pro Jahr zu erhöhen. Wenn wir wollen, daß möglichst viele unserer Landsleute uns besuchen können, dann müssen wir — so wie die Dinge liegen — Gastgeberpflichten übernehmen. Der Staat kann hier nur in Grenzen helfen, aber wir wollen dazu beitragen, daß Besuche aus der DDR nicht an finanziellen Schwierigkeiten scheitern. Die Entscheidung der Bundesregierung soll sowohl den Besuchern aus der DDR als auch den Gastgebern hier bei uns zugute kommen.

Die Beziehungen haben sich auch auf anderen Feldern kontinuierlich verbessert: So hat die DDR dazu beigetragen, den Zustrom von Asylbewerbern in die Bundesrepublik Deutschland deutlich einzuschränken. Ich erinnere an das Kulturabkommen, das zu einem erheblichen Anwachsen des kulturellen Austausches geführt hat, sowie an die drei Abkommen, die anläßlich des Besuches unterzeichnet werden: die Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, zum Informationsaustausch beim Strahlenschutz sowie zum Umweltschutz.

SPD und SED verwischen Unterschied zwischen Freiheit und Diktatur

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat der SPD vorgeworfen, durch ihre Gespräche mit der SED „den fundamentalen Unterschied zwischen Freiheit und Diktatur zu verwischen“. Anlaß für die Kritik war die Vorstellung des Grundsatzpapiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, das zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Ostberliner Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee entstanden ist.

Die Erklärung von Heiner Geißler hat folgenden Wortlaut:

1. Gerade angesichts des bevorstehenden Besuches des DDR-Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland, der von der CDU begrüßt wird, dürfen die grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem Menschenbild der freiheitlichen Demokratie und den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einerseits und der fundamental unterschiedlichen Werte- und Herrschaftsord-

Das Kabinett hat heute diese Vereinbarungen gebilligt.

In den letzten Jahren gab es eine Fülle von Kontakten mit der DDR. Dazu gehören die Begegnungen zwischen Generalsekretär Honecker und mir. Diese Politik von Dialog und Zusammenarbeit auf allen Ebenen gehört zu einer stetigen Deutschlandpolitik auf der Basis des Grundlagenvertrages.

Wir wollen, daß dieser Besuch zu einem Erfolg wird. Wir dürfen ihn deshalb nicht mit Erwartungen überfrachten. Wir sollten weiterhin realistisch und gelassen bleiben.

nung in der DDR andererseits nicht verwischt werden.

2. Durch ihre neuerlichen Gespräche mit der SED, jetzt auch zu Grundsatzfragen, verwischt die SPD diesen fundamentalen Unterschied zwischen Freiheit und Diktatur. Wer die Unterschiede nicht zur Kenntnis nimmt, kommt zu falschen Analysen und infolgedessen auch zu falschen politischen Entscheidungen.

3. Die SPD als Partei in einem demokratischen Rechtsstaat kooperiert mit der SED, der Staatspartei eines kommunistischen Landes. Hier sprechen nicht gleichartige Organisationen miteinander, sondern Organisationen, die grundsätzlich andere Funktionen haben. Auf der einen Seite eine demokratische Partei als Mitwirkende am demokratischen Willensbildungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland und auf der anderen Seite die SED als Hüterin der Staatsideologie und als Teil des Machtapparates.

4. Die SPD setzt die Linie fort, die sie mit ihrer Nebenaußenpolitik begonnen und mit ihrem Irseer Programmwurf fortgesetzt hat. Im Irseer Entwurf wurde der Marxismus für die Sozialdemokraten wieder akzeptabel, nachdem er im Godesberger Programm nicht mehr zu finden war.

5. Besser als mit ideologisch fixierten Vertretern der dortigen Staatspartei Semindiskussionen über Grundsatzfragen zu führen wäre es, wenn die SPD sich der Politik der Bundesregierung und der CDU anschließen würde, am Ziel der Einheit der Nation festzuhalten und, solange die Teilung nicht überwunden ist, ihre Folgen zu lindern mit dem Ziel, die Grenzen zu öffnen, den Schießbefehl zu beseitigen und den Austausch von Informationen und Meinungen zu verbessern.

Bonn erhöht Begrüßungsgeld für DDR-Besucher auf 100 Mark

Das Bundeskabinett hat am 26. August 1987 beschlossen, das Begrüßungsgeld für DDR-Besucher von jetzt 30 auf 100 Mark jährlich pro Person zu erhöhen. Dies teilte Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem ersten Auftritt vor der Bundespressekonferenz nach der Sommerpause mit. Kohl bezeichnete dies als ein Stück Übernahme von Gastgeberpflichten, nachdem die DDR unlängst den Umtausch von DDR-Mark für ihre Bürger bei Besuchen in der Bundesrepublik von 70 auf 15 Mark jährlich gekürzt hatte.

Hierzu erklärte die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms u.a.: Diese Hilfe soll ihnen zeigen, daß sie uns willkommen sind. Sie soll auch dazu beitragen, daß sich diese Besucher während ihres Aufenthaltes bei uns ein wenig unabhängig bewegen können. Dieses materielle Zeichen unserer Zusammengehörigkeit kann und darf aber die menschliche Zuwendung und

persönliche Hilfsbereitschaft nicht ersetzen, die unsere Mitbürger in der Vergangenheit schon in reichem Maße erbracht haben. Staatliche Maßnahmen können nach unseren Grundvorstellungen das private Bemühen nur ergänzen. Auch die Bundesländer und Gemeinden sollten in ihren Leistungen für unsere Landsleute nicht nachlassen. Zur Solidarität sind alle aufgerufen. Vorbilder gibt es. So hat kürzlich eine Stadt von sich aus die eigene Bargeldhilfe für die Besucher erhöht, als die DDR die Umtauschmöglichkeit bis zu 70 Mark auf 15 Mark für die Reisenden unterhalb des Rentenalters senkte.

Begrüßungsgeld wird künftig einmal jährlich in voller Höhe von 100 DM an die Besucher gezahlt. Besucher, die 1987 das Begrüßungsgeld von 30 DM bereits ein- oder zweimal entsprechend der bisherigen Regelung erhalten haben, können vom 1. September 1987 an den Unterschiedsbetrag von 70 DM bzw. 40 DM in Anspruch nehmen.

Beschämendes Verhalten der SPD Salzgitter

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, erklärt zum Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Salzgitter, die Zentrale Erfassungsstelle aufzulösen: Die Junge Union Deutschlands verurteilt in aller Schärfe das Verhalten der SPD im Rat der Stadt Salzgitter, die mit ihren Stimmen eine Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter forderte. Die Begründung, man wolle damit mögliche Hindernisse für eine geplante Patenschaft mit einer Stadt in der DDR ausräumen, ist ein Schlag ins Gesicht der 5 000 politischen Häftlinge in

der DDR. Für sie ist die Zentrale Erfassungsstelle von großer psychologischer Bedeutung. Immer wieder weisen entlassene und in die Bundesrepublik Deutschland abgeschobene ehemalige Häftlinge darauf hin, daß Salzgitter der einzige Hoffnungsschimmer sei, daß ihre Peiniger namentlich erfaßt werden. Mit ihrem Beschluß lassen die Sozialdemokraten die politischen Häftlinge in DDR fallen wie eine „heiße Kartoffel“. Damit hat sich die SPD Salzgitter von der „Unteilbarkeit der Menschenrechte“ verabschiedet.

Die CDU hat gute Chancen, die Wahl in Schleswig-Holstein zu gewinnen

Generalsekretär Heiner Geißler erwartet von der Entscheidung des Bundeskanzlers, auf eine Modernisierung der Pershing Ia zu verzichten, eine positive Wirkung auf die Chancen der CDU bei der Landtagswahl in Kiel am 13. September. Die überwiegende Mehrheit der Bürger unterstütze den von Helmut Kohl verfolgten Kurs, sagte Heiner Geißler auf einer Pressekonferenz in Bonn. Der Kanzler habe damit eine seiner besten Entscheidungen getroffen.

Die Chancen, die Wahl in Schleswig-Holstein zu gewinnen, seien gut, sagte Geißler. Er nannte vornehmlich fünf Gründe:

1. Die CDU-Regierung in Schleswig-Holstein hat eine im Lande anerkannte, positive Bilanz ihrer Arbeit in den vergangenen vier Jahren vorzuweisen. Dazu gehört vor allem die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, die erfolgreiche „Arbeitsplatzoffensive Schleswig-Holstein“, eine aktive Landesagrarpolitik, preiswerte und sichere Energieversorgung, neue Wege in der Umweltpolitik, eine Bereicherung der Kulturlandschaft, z. B. durch das Musikfestival Schleswig-Holstein, die Verbesserung des gegliederten Schulwesens und der Ausbau der sozialen Infrastruktur.

2. Das hohe Ansehen des Ministerpräsidenten Uwe Barschel im Vergleich zu dem von den Grünen unterstützten SPD-Kandidaten Engholm.

3. Wenn die CDU die Wahl gewinnt, bedeutet die Wahl in Schleswig-Holstein eine Festigung der Mehrheit der CDU im Bundesrat und gleichzeitig eine klare Bestätigung des politischen Kurses der

Bundesregierung und des Bundeskanzlers für die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika, für mehr Abrüstung und Entspannung.

4. Die Alternative zur CDU, nämlich die Regierungsübernahme von Sozialdemokraten und Grünen, wäre eine Katastrophe für das Land.

5. Schließlich ist die Landtagswahl in Schleswig-Holstein zu einer politischen Auseinandersetzung um die Wahrheit und Ehrlichkeit in der Politik geworden. Statt sich über die Zukunft des Landes auseinanderzusetzen und landespolitische Alternativen aufzuzeigen, setzt die SPD in Schleswig-Holstein in besonders abstoßender Weise ihre Tradition fort, mit Unwahrheiten und versuchter Wählertäuschung die Wahl zu beeinflussen.

Dabei konzentriert sie sich vor allem auf zwei Punkte:

■ Wie bei der Bundestagswahl und den zurückliegenden Landtagswahlen versucht die SPD in Schleswig-Holstein zu vertuschen, daß sie nur mit Hilfe der Grünen an die Regierung kommen könnte. Die Gründe, warum Engholm die Wähler darüber zu täuschen versucht, sind klar. Die Mehrheit der Bürger lehnt auch in Schleswig-Holstein ein rot-grünes Bündnis ab.

■ Die Steuerlüge der SPD.

Im Wesentlichen sind es vier falsche Behauptungen, die die SPD wider besseres Wissen aufstellt:

● Die Koalition plane die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Streichung der Vergünstigungen für Arbeitnehmer.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 7)

In Wirklichkeit hat Bundesfinanzminister Stoltenberg mehrfach bekräftigt „daß die Umschichtung ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer vollzogen werden kann.“ Die Berufung auf Prüfungslisten und Steuer-subventionen ist reine Augenwischerei, denn solche Prüfungslisten hat es schon immer im Finanzministerium gegeben, auch unter SPD-Regierungen.

● Die Koalition begünstige vor allem die Bezieher hoher und höchster Einkommen.

In Wirklichkeit werden durch die kräftige Anhebung des Grundfreibetrages und durch die Absenkung des Eingangsteuersatzes die Arbeitnehmer mit geringen und mittleren Einkommen am stärksten entlastet, und gerade Spitzenverdie-

ner prozentual geringer entlastet als andere Einkommensbezieher.

● Die Steuerreform werde auf Pump finanziert. In Wirklichkeit wird die Steuerreform in erster Linie durch Ausgabendisziplin und Subventionsabbau finanziert. Ein geringes Ansteigen der Neuverschuldung ist angesichts des Steuerentlastungsvolumens in der Größenordnung von 65 Milliarden Mark ohne weiteres vertretbar.

● Durch die Steuerreform würden die Städte und Gemeinden finanziell ruiniert.

In Wirklichkeit wird sich auch nach der Steuerreform die Finanzsituation der Gemeinden positiv entwickeln, wie Bundesfinanzminister Stoltenberg erst neulich noch einmal nachgewiesen hat.

(Siehe auch Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe)

Kurzarbeitergeld in der Stahlindustrie auf 36 Monate verlängert

Durch eine neue Rechtsverordnung wurde die Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld für Stahlarbeiter bis auf 36 Monate verlängert. Nach der Verordnung kann die Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld über die allgemeine Regelung hinaus in den Jahren 1987, 1988 und 1989 für Stahlbetriebe bis auf 36 Monate verlängert werden. Denn die derzeit allgemein geltende Höchstbezugsfrist von 24 Monaten reicht in der Stahlindustrie nicht aus. Die Stahlbetriebe können nicht — wie Betriebe anderer Wirtschaftszweige — nach einer mindestens dreimonatigen Unterbrechung des Kurzarbeitergeld-Bezuges eine neue Bezugsfrist beginnen, weil für sie Produktionsbeschränkungen gelten, die die Europäische Gemeinschaft in Brüssel festgelegt hat.

Zur neuen Rechtsverordnung erklärt Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**: „Die Bundesregierung redet nicht, sondern hilft konkret, wie sie es den Stahlarbeitern versprochen hat. Die Verlängerung der Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld in der Stahlindustrie ist eine sozialpolitische Sofortantwort auf die Strukturprobleme in diesem Bereich. Das hilft den betroffenen Betrieben, Entlassungen zu vermeiden. Das schafft Luft für die Suche nach sozialpolitischen Lösungen. Das bringt Zeit, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.“

Die Stahlunternehmen können darauf verzichten, auf Produktionseinschränkungen ausschließlich über das Ventil von Entlassungen zu reagieren.“

Wohlstand für alle

Der Wohlstand der Bürger unseres Landes ist in den letzten Jahren, vor allem 1986, im Gefolge der aufwärts gerichteten Wirtschaftsentwicklung beträchtlich gewachsen. Der Anstieg der Beschäftigung, kräftige Lohnerhöhungen und die bereits wirksam gewordene erste Stufe der Steuerreform haben eine Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 52 Mrd. DM (oder 4,4 %) bewirkt.

Das bedeutet: 1986 war das Jahr mit dem höchsten Zuwachs der realen Kaufkraft des Volkseinkommens seit 1973. Zum Vergleich: Im letzten Jahr der SPD-Regierung 1982 mußte ein Rückgang um 28 Mrd. DM verzeichnet werden. Niedrige Zinsen, Preisstabilität, steigende Realeinkommen, steuerliche Entlastungen und die Fortsetzung eines soliden Wachstums in der Wirtschaft sorgen dafür, daß der Wohlstand weiter wächst, stellt der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, **Matthias Wissmann**, fest.

Wichtigster Faktor für diese Entwicklung ist die Preisstabilität, die wir seit April letzten Jahres erreicht haben. Während die Inflationsrate 1981 6,3 % und 1982 noch 5,3 % betrug, gingen die Preise 1986 sogar um 0,2 % zurück. Auch, wenn im Juli diesen Jahres die Preissteigerungsrate bei 0,7 % liegt, kann man dennoch von Preisstabilität sprechen.

Nach Prognosen der Commerzbank und des Bundesverbandes deutscher Banken ist auch auf absehbare Zeit mit einem annähernd stabilen Preisniveau zu rechnen.

Für Arbeitnehmer und Rentner bedeutet diese Entwicklung eine Steigerung ihrer Realeinkommen wie seit langem nicht mehr. Lohn- und Rentenerhöhungen werden nicht mehr wie früher von Preisstei-

gerungen aufgezehrt, sondern bringen mehr Kaufkraft. Dies äußerte sich im letzten Jahr in einem Anstieg des realen privaten Verbrauchs. Diese Maßgröße für den Lebensstandard stieg 1986 um 4,2 %. Auch in diesem Jahr dürfte der private Konsum (nach Einschätzung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute) in ähnlicher Größenordnung zunehmen.

Von dieser hohen Konsumneigung der privaten Haushalte profitierten insbesondere die Hersteller längerlebiger Gebrauchsgüter und die Anbieter von Dienstleistungen. Auch gaben die Bundesbürger 1986 mit 44,3 Mrd. DM soviel Geld wie noch nie für Ferienreisen im Ausland aus. Neben den angestiegenen Realeinkommen spielt hier auch die starke Position der D-Mark im Verhältnis zu den übrigen Währungen eine Rolle.

Nach einer Untersuchung der Dresdner Bank vom Juli 1987 zur Wohlstandsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten rund 30 Jahren das verfügbare Einkommen der Haushalte mehr als versechsfacht, stieg das ersparte Geldvermögen pro Haushalt auf das Achtzehnfache, hat sich die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern vervielfacht.

Auch die Transfereinkommen, also die Zahlungen für Renten, Pensionen, Sozialhilfe und andere Unterstützungen, sind 1986 beträchtlich gestiegen. Weiterhin positiv für die Entwicklung der Einkommen der Arbeitnehmer wird sich in den nächsten Jahren die Steuerreform auswirken. Bereits für 1986 und 1988 haben wir bei der Lohn- und Einkommensteuer eine finanzielle Entlastung der Bürger um 14 Milliarden DM durchgesetzt. Bis 1990 soll die steuerliche Belastung der Arbeit-

Norbert Blüm:

Antragsverfahren für ältere Mütter gut angelaufen

Für über 600 000 der rund 1,2 Millionen Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1907, die ab 1. Oktober Anspruch auf Kindererziehungsleistungen haben, ist das Antragsverfahren bereits abgewickelt. Diese Zahl gab Bundesarbeitsminister Norbert Blüm jetzt bekannt.

„Wir brauchen noch einmal einen kräftigen Spurt, um auch den älteren Müttern zu ihrem Recht zu verhelfen, die bisher ihren Antrag noch nicht gestellt haben“, unterstrich Blüm. Er appellierte an die Kinder und Enkel der Berechtigten, an Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gemeinden und Nachbarn, dieses Anliegen mit helfender Hand zu unterstützen. Nach den bisherigen Erfahrungen, die das Bundesarbeitsministerium in Stichproben bundesweit eingeholt hat, läuft das Antragsverfahren überwiegend reibungslos ab. Es hat sich aber gezeigt, daß viele ältere Mütter und ihre Angehörigen vor allem über folgende Fakten nicht ausreichend informiert sind:

■ Die Kindererziehungsleistung gibt es unabhängig davon, ob die älteren Mütter eine Rente, andere oder gar keine Versorgungsleistungen erhalten.

■ Für jedes lebend geborene Kind erhal-

nehmer um insgesamt fast 50 Milliarden DM gesenkt werden.

Damit stärken wir die Wachstumskräfte unserer Wirtschaft und schaffen die Bedingungen für mehr Investitionen und mehr Beschäftigung.

Wachstum — und hier schließt sich der Kreis wieder — bedeutet jedoch auch Einkommenssteigerung und ermöglicht damit weitere Verbesserungen der materiellen Lebensverhältnisse.

ten die Mütter vor Geburtsjahr 1907 ab 1. Oktober 1987 die Erziehungsleistung, auch wenn das Kind kurz nach der Geburt oder später gestorben ist.

■ Die Kindererziehungsleistungen werden nicht auf die Sozialhilfe angerechnet. Auch Mütter in Heimen erhalten sie zu ihrer freien Verfügung ausbezahlt.

■ Die Mütter brauchen nicht persönlich zum örtlichen Versicherungsamt zu gehen und den Antrag mit den Geburtsdokumenten abzugeben. Sie können damit auch einen Angehörigen oder eine andere Person ihres Vertrauens beauftragen.

In den nächsten drei Jahren wachsen zum 1. Oktober jeweils rund eine Million weitere Mütter in die Berechtigung der Kindererziehungsleistung, und zwar nach dem gesetzlichen Stufenplan:

- Jahrgänge 1907 bis 1911 zum 1. Oktober 1988
- Jahrgänge 1912 bis 1916 zum 1. Oktober 1989
- Jahrgänge 1917 bis 1920 zum 1. Oktober 1990.

Dann werden insgesamt rund 4,4 Millionen ältere Mütter die Erziehungsleistung erhalten, wofür der Bund bis dahin insgesamt über sechs Milliarden Mark aufwendet.

Informations- und Antragsannahmestellen sind: Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen, die Auskunfts- und Beratungsstellen der Rentenversicherung und deren Versichertenälteste, die Krankenkassen. Eine ausführliche Informationsschrift ist kostenlos erhältlich beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 5300 Bonn 1.

Auch die CDU-Kreisverbände sind aufgefordert, bei dieser Hilfsaktion im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitzuhelfen.

Initiative der Frauenvereinigung: Ja zum Leben – Ja zum Kind

Bundesfamilienministerin Rita Süsmuth hat an die Bevölkerung in der Bundesrepublik appelliert, die neue Initiative „Ja zum Leben – Ja zum Kind“ der CDU-Frauenvereinigung tatkräftig zu unterstützen. Wie Frau Süsmuth, Vorsitzende der Vereinigung, in Bonn bekanntgab, sollen vor allem Frauen „unmittelbar vor Ort“ Arbeitskreise einrichten als Initiativen mitmenschlicher Hilfe für junge Familien mit Kindern. „Gedacht ist an Patenschaften, die in Situationen der Not und Krise dort weiterhelfen, wo gesetzliche und freiwillige Leistungen allein nicht ausreichen“, erklärte die Ministerin. Bisherige Erfahrungen sowie Anregungen über die geplante „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollen in einem Leitfadens allen Interessenten zugänglich gemacht werden.

In den von Rita Süsmuth und Leni Fischer vorgestellten Initiativen heißt es: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft“ (Art. 6 Abs. 4 GG) — das ist die grundgesetzlich verankerte Herausforderung zu einer solidarischen Gesellschaft. Die Bundesregierung hat in der letzten Legislaturperiode weitreichende Verbesserungen im Familienlastenausgleich vorgenommen, das Erziehungsgeld und den Erziehungsurlaub eingeführt und die Stiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ eingerichtet. Aber immer noch geraten Mütter und Väter in erhebliche Konflikte, wenn sie in schwierigen Lebensumständen Ja zum Kind sagen, weil wir mit unserer Solidarität hinter dem zurückbleiben, was für die Betroffenen erforderlich ist.

Der Bundesvorstand der CDU-Frauenvereinigung hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, Initiativen zu ergreifen, um für in Not geratene Mütter und Väter mit ihren Kindern zusätzliche, unbürokratische handhabbare Hilfen zu schaffen.

Uns hat dabei die Überzeugung geleitet, daß wir „kleine Lebenswelten“ und „soziale Netzwerke“ brauchen, in denen Mütter und Väter mit ihren Kindern menschliche Zuwendung erfahren, Betreuungsmöglichkeiten für ihr Kind erhalten und auch, wo erforderlich, vorübergehende finanzielle Unterstützung finden. Eltern mit Kindern, vor allem Alleinerziehende, brauchen in ihrer unmittelbaren Umgebung Menschen als Ansprechpartner, Vertrauenspersonen und Helfer im Alltag — Menschen, die als „Paten“ die Verpflichtung zur Hilfe übernehmen.

Deshalb ist gedacht an „Patenschaften“, die in Situationen der Not und Krise dort weiterhelfen, wo gesetzliche und freiwillige Leistungen allein nicht ausreichen.

Um solche „Patenschaften“ zu organisieren, ruft die CDU-Frauenvereinigung zur Gründung von Arbeitskreisen und eingetragenen Vereinen auf, die Ansprechpartner für Hilfesuchende und zur Hilfe bereite Bürgerinnen und Bürger sind:

1. Die Arbeitskreise bzw. e.V. ermöglichen jedem einzelnen Bürger, nach seinen individuellen Möglichkeiten zu helfen. Solche Hilfe kann umfassende persönliche Lebenshilfe, Angebote der Kinderbetreuung, Sach- und/oder Geldspenden sowie die Bereitschaft zu Kontakten und Gesprächen einschließen.

2. Die Kreise sind unmittelbar vor Ort

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 11)

einzurichten, als Initiativen mitmenschlicher Hilfe im Stadtteil, in der Gemeinde und im ländlichen Raum.

3. Sie sollen die Träger der Jugendhilfe, bestehenden Einrichtungen der Erziehungs-, Familien- und Lebensberatung sowie Beratungsstellen für Frauen in Konfliktsituationen in ihrer Arbeit unterstützen.

4. Die Kreise können von Hilfesuchenden direkt oder über bestehende Einrichtungen angesprochen werden.

5. Die Arbeitskreise bzw. e.V. sind zuständig für die Organisation und Durchführung praxisbegleitender Fortbildung.

6. Für die Einrichtung solcher Kreise soll es **kein einheitlich vorgegebenes Schema** geben; denn mitmenschliche Solidarität läßt sich zwar organisieren, aber nicht von oben verordnen. Vielmehr ist den besonderen Bedingungen vor Ort Rechnung zu tragen, von daher ist der Vielfalt Raum zu lassen. Initiativen können sowohl von der Frauenvereinigung, von der Gesamtpartei als auch von anderen Vereinigungen der CDU, z.B. Junge Union, CDA oder Senioren-Union, ergriffen werden. Die Frauenvereinigung will Initiatorin, nicht aber alleinige Trägerin sein.

Auferufen zu übergreifender Kooperation sind die Kirchen, alle ehrenamtlichen Organisationen und Verbände, Kommunalpolitiker und -politikerinnen, Träger der Jugendhilfe und alle Einzelpersonen, die sich engagieren wollen.

Um bisher gemachte Erfahrungen in diesem Bereich für die neue Initiative „Ja zum Leben — Ja zum Kind — Wir sind mitverantwortlich“ verfügbar zu machen, wird die CDU-Frauenvereinigung in Kürze alle Landes- und Kreisverbände um Informationen über bestehende Aktivitäten und Möglichkeiten neuer Aktio-

nen im Rahmen der Initiative bitten. Darüber hinaus wird auf Bundesebene ein Erfahrungsaustausch über bestehende Hilfsangebote durchgeführt. Die Ergebnisse werden in einem Leitfaden allen Interessierten zugänglich gemacht.

Das Ja zum Leben und das Ja zum Kind sind von anderer Qualität als die Diskussion um die Auswirkungen des Geburtenrückgangs für die Finanzierung unserer Renten und die allgemeine Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Systems. Das in öffentlichen Resolutionen oft eingeforderte Ja zum Kind geht uns alle an, fordert uns heraus zur praktizierten Solidarität und zu einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit. Es ist unsere Aufgabe, Eltern und Kinder nicht allein zu lassen, sondern ihnen zu helfen, aus eigener Kraft zu leben. ■

„Schule ohne Glocke“

Zu Beginn des neuen Schuljahres hat der baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) eine neue pädagogische Konzeption für die kleine Grundschule vorgestellt. Wie Mayer-Vorfelder in Stuttgart erklärte, bietet das Konzept unter dem Titel „Schule ohne Glocke“ diesen Schulen die Möglichkeit, sich von Zwängen zu befreien, denen größere Schulen zwangsläufig unterliegen. So könnten die kleinen Grundschulen künftig die Schulglocken abschaffen und die Klassenzimmer wie kleine Wohnungen gestalten. Mayer-Vorfelder verlangte von den Lehrern in diesen Schulen besonderen Einsatz. Das gerade für die kleine Grundschule unerläßliche Vertrauensverhältnis zwischen Lehrer und Schulgemeinde werde besonders dann gestärkt, wenn der Lehrer sich im dörflichen Leben engagierte und an den verschiedenen Veranstaltungen der Gemeinde teilnehme. Der Erfolg der Schule stehe und falle mit der Persönlichkeit des Lehrers.

Fünf-Phasen-Plan zur Altenpflege

Zum Thema „Absicherung im Pflegefall“ stellte der Seniorenbeauftragte der CDU Deutschlands, Gerhard Braun, auf einer Pressekonferenz in Bonn ein Positionspapier vor, das zur Lösung der Pflegebedürftigkeit einen 5-Phasen-Plan umfaßt. Braun erklärte u.a.: Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einem revolutionären Umbruch im Altersaufbau der Bevölkerung, der zu einem noch nie dagewesenen Anteil alter und hochbetagter Menschen an der Gesamtbevölkerung führt.

Die Konsequenzen und Herausforderungen aus dieser Veränderung lauten: Der Pflegebedarf wächst mit der zunehmenden Zahl älterer Menschen. Hinzu kommt der Trend zum Ein-Personen-Haushalt, wodurch in Zukunft die familienbezogene Alterspflege erschwert wird. Heute beträgt die Zahl der Pflegebedürftigen, die so hilflos sind, daß sie dauernd fremde Hilfe in unterschiedlicher Intensität benötigen, etwa zwei Millionen Menschen. Davon werden fast 90 von 100 in der häuslichen Umgebung und rund 260 000 in Heimen betreut. Eine Untersuchung zur Pflegebedürftigkeit, die im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit von dem wissenschaftlichen Institut „Sozialdata“ erarbeitet worden ist, belegt, daß fast 80 Prozent aller sehr Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen von Frauen betreut werden. Für die Frauen bedeutet dies, daß sie entweder gar nicht berufstätig sein können oder nur in beschränktem Umfang Teilzeittätigkeiten ausüben können. Dies hat wiederum negative Auswirkungen auf ihre Alterssicherung. Die Altersversorgung ist bei den Frauen, die mitunter über viele Jahre hin-

weg pflegen, unzureichend. Deshalb ist die weitere Aufwertung der Tätigkeiten, die in der Familie erbracht werden, eine der wichtigen Aufgaben dieser Legislaturperiode. Hierzu gehört auch, daß pflegende Frauen und Männer bei der häuslichen Pflege kranker und alter Menschen entlastet und in der Altersversorgung begünstigt werden.

Die Tätigkeit, die Pflegende ausüben, muß auch in der Sozialversicherung als Tätigkeit anerkannt und berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang muß vor allen Dingen an die Frauen gedacht werden, die in früheren Jahren ihre Angehörigen gepflegt haben und dadurch auf eigene Berufstätigkeit und damit auch auf eigene Alterssicherung verzichten mußten. Für diesen Personenkreis müßte eine Stiftung gegründet werden, aus deren Mitteln diese Frauen solidarisch berücksichtigt werden.

Die Lebenssituation der Pflegebedürftigen ist mittel- und langfristig auch durch Leistungsbezüge im Rahmen der Pflegebedürftigkeit zu fördern. Wünschenswert ist ein Pflegegeld, das dynamisch den Kostenentwicklungen angepaßt wird.

Die rasche Entwicklung im medizinischen Bereich der Pflegebedürftigen macht es notwendig, daß bei einer Pflegehilfe-Neuregelung auch das Berufsbild des Altenpflegers und der Altenpflegerinnen berücksichtigt und weiterentwickelt werden muß.

Die Weiterentwicklung der medizinischen und gerontologischen Rehabilitationskenntnisse versetzen unsere Gesellschaft zunehmend in die Lage, daß Pflege stärker als bisher im Hinblick auf Rehabilitation zu betrachten und zu fördern ist. Auch deshalb sind insbesondere die Län-

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 13)

derregierungen aufgerufen, die Ausbildungskonzeptionen im Pflegebereich weiter zu entwickeln.

Weil nicht alle Leistungen auf einmal erbracht werden können, deshalb ist aus Sicht des Seniorenbeauftragten der CDU Deutschlands ein 5-Phasen-Plan ein geeigneter Lösungsvorschlag, der gegebenenfalls auch in Verbindung mit einer Stiftung besprochen werden kann. Dieser 5-Phasen-Plan umfaßt folgende Aspekte, die beim Pflegefallrisiko neu geregelt werden sollten:

1. Phase: Ausbildung von Altenpflegepersonal, wobei in besonderem Maße die Weiterentwicklung der medizinischen Rehabilitationskenntnisse miteinbezogen wird.

2. Phase: Stärkung der Situation des Pflegenden, wobei eine solidarische Altersversorgung miteinbezogen werden muß.

3. Phase: Stärkung des Pflegebedürftigen, wobei der Pflegebedürftige das Recht hat, sich selbst zu entscheiden, ob er im Rahmen der häuslichen und ambulanten Versorgung gepflegt werden will oder in eine stationäre Einrichtung aufgenommen werden möchte. In besonderem Maße ist die Versorgung des Pflegebedürftigen stets unter dem Gesichtspunkt der Rehabilitation zu betrachten.

4. Phase: Stärkung der medizinischen Versorgung, wobei der Auf- und Ausbau geriatrischer Fachkrankenhäuser gefördert werden muß.

5. Phase: Stärkung der Leistungsbezüge im Rahmen der Pflegebedürftigkeit, wobei das Pflegegeld dynamisch der Kostenentwicklung angepaßt wird. ■

Wohngeld

Bund, Länder und Gemeinden haben im vergangenen Jahr nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 3,4 Milliarden

DM für Wohngeld ausgegeben, fast eine Milliarde DM mehr als 1985. Die Zahl der Wohngeldempfänger hat Ende 1986 mit 1,9 Millionen Haushalten fast ein Viertel höher gelegen als ein Jahr zuvor.

Starker Andrang bei Briefwahl in Bremen

Zur bevorstehenden Bürgerschaftswahl am 13. September in Bremen hat es bereits einen starken Andrang bei der Briefwahl gegeben. Schon in der ersten Woche seit Ausgabe der Unterlagen wurden in Bremen rund 30 000 und in Bremerhaven rund 5 500 Anträge gestellt. Das sind in Bremen etwa sieben und in Bremerhaven etwa fünfeinhalb Prozent der Wahlberechtigten. Damit sind im Vergleich zur Bürgerschaftswahl vor vier Jahren bisher mehr als doppelt soviel Anträge auf Briefwahl gestellt worden.

Keine Streichung der Aufwandspauschale für Übungsleiter

Zur Erklärung des Bundesfinanzministers, daß eine Streichung der steuerfreien Aufwandspauschale für ehrenamtliche Übungsleiter nicht beabsichtigt sei, stellt der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Engelbert Nelle**, fest: Wir begrüßen die Erklärung des Bundesfinanzministers, daß keine Streichung der steuerfreien Aufwandspauschale von 2 400 DM im Jahr für ehrenamtliche Übungsleiter beabsichtigt sei und auch eine Aufhebung des Freibetrages für kleine Körperschaften nicht zur Debatte stehen. Mit dieser Erklärung verweist der Bundesfinanzminister die anderslautenden Behauptungen der SPD in den Bereich der bewußten Täuschung und Desinformation.

Gut gerüstet für den Wahlkampf

Die rund 500 Delegierten der CDU Baden-Württemberg hatten auf ihrem 25. Landesparteitag (28./29.8.87) in Friedrichshafen ein großes Programm zu bewältigen. Neben den satzungsgemäßen Wahlen zum Landesvorstand standen die Beratung und Verabschiedung des Leitantes „Schutz des Lebens ungeborener Kinder“, die Beschlußfassung der Vorlage „Chancen für den ländlichen Raum“ sowie die allgemeinen Anträge auf der Tagesordnung.

Mit 93,3 % wurde Lothar Späth erneut überwältigend als Landesvorsitzender bestätigt. Sein Stellvertreter Erwin Teufel erhielt 358 und Schatzmeister Wolfgang Fahr erhielt 342 Stimmen. Die Beisitzer: Manfred Rommel (358), Erwin Vetter (339), Gerhard Mayer-Vorfelder (329), Siegbert Alber (327), Heinz Eyrich (320), Manfred Wörner (299), Marianne Schultz-Hector (274), Alois Graf von Waldburg-Zeil (270), Renate Hellwig (269), Barbara Schäfer (269), Hermann Mühlbeyer (268), Otto Dewitz (262), Vetur Schöttle (262), Robert Ruder (261), Siegfried Hornung (256), Ortrun Schätz (247), Margret Grimm (244), Heinz Heckmann (243), Franz Sauter (242), Günther Oettinger (238).

Mit wenigen Veränderungen wurde der Leitantes des Landesvorstandes „Schutz des Lebens ungeborener Kinder“ nach über 6-stündiger Diskussion verabschiedet. Ein Beweis dafür, daß sich hier nicht nur die Mehrheit der Delegierten sondern auch die überwiegende Meinung der Partei insgesamt durchgesetzt hat. In der Diskussion stand eindeutig das Bekenntnis im Vordergrund, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nach allen Kräften zu vermindern.

Als wegweisend kann auch die Konkretisierung einer zukunftsorientierten Politik für den ländlichen Raum betrachtet werden. Die Beratungen hierzu zeigten deutlich, daß es allen Delegierten und vor allen Dingen dem Landesvorsitzenden um die Sicherung der Zukunftschancen auch der jüngeren Generation gerade im ländlichen Raum geht. Die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze, die Schaffung einer produktionsunabhängigen zweiten Einkommensquelle und vor allem die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur gehörten zu den über den Tag hinaus weisenden Überlegungen, die diesen Parteitag prägten.

Die eineinhalbstündige Grundsatzrede von Ministerpräsident Lothar Späth enthielt viel Richtungsweisendes. Die Weiterentwicklung der Erhardschen Marktwirtschaft, die den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen ebenso Rechnung trägt wie der sozialen Solidargemeinschaft, der Kompromiß der Leistungs- und Solidaritätsgesellschaft und die Betonung, daß Baden-Württemberg das Modell des Erfolges in Deutschland sein könne, gehörte ebenso zu den Aussagen Lothar Späths wie die klare Absage an alle Koalitionsspekulationen. Bei der SPD bemängelte Ministerpräsident Späth deren gleichmacherischen Rezepte, während er der FDP die Mogelpackung der Ellenbogengesellschaft des 19. Jahrhunderts vorhielt. Die CDU, so Lothar Späth, strebe in Baden-Württemberg erneut eine Koalition mit den Bürgern in alleiniger Regierungsverantwortung an.

In einem Antrag unterstützte der Landesvorsitzende mit Zustimmung des Parteitaiges die Bereitschaft von Helmut Kohl, die Pershing 1 Raketten unter bestimmten Bedingungen abzubauen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

„Ein weiser und maßvoller Staatsmann“

„Niemand kann jetzt noch behaupten, wir Deutsche würden die Abrüstung blockieren.“
(Bild-Zeitung, 27.8.87)

„Kohl zeigte sich als Mann der klaren Entschlüsse.“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 27.8.87)

„Mit überraschendem Elan startete Helmut Kohl ins regierungsamtliche Wintersemester.“ (Frankfurter Rundschau, 27.8.87)

„Der Bundeskanzler demonstrierte Entscheidungsfreude.“
(General-Anzeiger, Bonn, 27.8.87)

„Kein Zweifel: Helmut Kohl ist wieder da, nicht nur aus dem Urlaub. Seine Pressekonferenz setzte Akzente.“
(Frankfurter Neue Presse, 27.8.87)

„Niemand hat anscheinend besser erkannt als der Regierungschef selbst, daß es höchste Zeit war, die Zügel wieder fest in die Hand zu nehmen. Und das auch zu zeigen!“
(Rheinische Post, 27.8.87)

„Kohl räumt auf ... Seit gestern ist es mit der Mär vom Regierungschef, der lieber aussitzt als aufräumt, erst einmal vorbei. Zielstrebig wie nie zuvor hat Helmut Kohl

das unsägliche Szenario des wochenlangen Sommertheaters vom Spielplan abgesetzt. ... mit dieser Kurskorrektur ist die Bundesrepublik außenpolitisch wieder handlungsfähig geworden.“
(Stuttgarter Nachrichten, 27.8.87)

„Frisch gestärkt aus dem Urlaub ... stellte sich der Kanzler der Nation als weiser, maßvoller Staatsmann vor.“
(Neue Kronen Zeitung, 28.8.87)

„... Es ist eine schwierige aber weise Entscheidung, die dazu angetan ist, Deutschland mit der Achtung der Amerikaner zu belohnen.“ (The Washington Post, 28.8.87)

„... der Kanzler ließ keinerlei Zweifel an seinem Führungsanspruch in der CDU, im Regierungsbündnis und in der Bonner Politik aufkommen.“
(General-Anzeiger, Bonn, 27.8.87)

„Mit der jetzt erklärten Bereitschaft, auf die Modernisierung der umstrittenen Pershing Ia zu verzichten, ... hat der Kanzler eine Art Befreiungsschlag geführt. ... Vor allem aber hat Helmut Kohl selbst an Statur dazugewonnen.“
(Stuttgarter Nachrichten, 27.8.87)

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.